

Bericht über die Gemeinderatssitzung am 10.12.2015 im Großen Rathaussaal

Zur Sitzung begrüßte Bürgermeister Bertele die Mitglieder des Gemeinderates, Herrn Ingenieur Siegfried Tsalos, Herrn Franz Glogger von der Südwest Presse, Herrn Manfred Kornmayer und Herrn Benjamin Eger von der Verwaltung, Herrn Andreas Maaß vom GVV sowie die Zuhörer. Der Vorsitzende stellte die form- und fristgerechte Sitzungseinladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und gab die Protokolle der letzten Sitzungen bekannt. Zur Bürgerfragviertelstunde meldete sich niemand.

Barrierefreie Gestaltung der Bushaltestellen

Im Rahmen des Kommunalinvestitionspakets des Bundes kann die Gemeinde Illerkirchberg mit einer Zuwendung in Höhe von 113.757,74 EUR rechnen. Als förderfähige Maßnahme soll mit dieser Zuwendung die barrierefreie Gestaltung der Bushaltestellen umgesetzt werden. Laut Programm hat die Gemeinde einen Eigenanteil i. H. v. mindestens 10 % der Kosten zu tragen. Damit beträgt der notwendige Investitionsrahmen mindestens ca. 127.000 EUR. Die Maßnahmen seien bis 31.12.2019 vollständig abzurechnen. In späteren Jahren müsse die Gemeinde die sog. Barrierefreiheit als Rechtspflicht und ohne Zuschüsse herstellen, weshalb Bürgermeister Bertele empfahl dies frühzeitig und mit Zuschüssen zu erledigen.

Nach den bisherigen Prüfungen stehen 6 Bushaltestellen zur Umgestaltung an:

4 Haltestellen an der Hauptstraße in Unterkirchberg, 2 Haltestellen im nördlichen Teil der Gartenstraße in Oberkirchberg und die 2 weitere neu anzulegenden Haltestellen beim Kindergarten Oberkirchberg.

Herr Ing. Tsalos bezifferte er die voraussichtlichen Kosten je Haltestelle auf rd. 27.000€. Die Zuschussvorschriften verlangen nach Darstellung von Herrn Ing. Tsalos den Einsatz des „Kasseler Sonderbordsteines“ mit einer Höhe gegenüber der Straße von 16 cm bis 18 cm oder des „Kasseler Sonderbord Plus“ mit 22 cm Höhe. Letztere Variante koste zwar 800 € bis 1000€ je Haltestelle mehr, erleichtere aber den Fahrgästen zusätzlich den Ein- und Ausstieg aus den Omnibussen. In manchen Bundesländern sei mittlerweile sogar nur der höhere Bordstein zugelassen. Dieser Bordstein verringere durch seine Gestaltung mit zwei Rundungen dass Schäden an den Bussen entstehen. Als Blindenleitsystem müssten zudem gerillte Hochbordsteine verwendet werden, wodurch sich die Gesamtkosten je Haltestelle auf rd. 30.000 EUR erhöhen. Hinzu kämen noch die Buswartehäuschen für jeweils ca. 10.000 €.

In der Diskussion weist ein Gemeinderat auf den sich ergebenden hohen Eigenanteil der Gemeinde hin, wenn alle 6 Bushaltestellen umgerüstet werden. Dazu ergänzte Bürgermeister Bertele, dass alle vorgeschlagenen Bushaltestellen an den verkehrsbedeutenden Landesstraßen liegen mit hohem Fahrgastaufkommen. Somit sei es nicht vertretbar, einzelne Haltestellen von der Umrüstung auszunehmen.

Ein weiterer Gemeinderat schlug vor zunächst nur den Zuschussantrag zu stellen, um die Fördermittel zu sichern.

Nach eingehender Diskussion wurde die Vorplanung mit dem Kasseler Sonderbord Plus (+ 22 cm) einstimmig gebilligt und die Verwaltung beauftragt, die Umrüstung beim Kommunalen Investitionspaket des Bundes anzumelden.

Sanierung der Burgstraße

Detailplanung Fußgängerquerung

In der letzten Sitzung wurde die Planung von Herrn Ing. Tsalos grundsätzlich gebilligt mit der Maßgabe, noch eine Detailplanung für den Einmündungsbereich Burgstraße/Kirchweg vorzulegen. Diese enthält die Führung des Gehwegs vom Kirchweg um die Kurve in die Burgstraße samt Aufweitung. Hierdurch ergibt sich ein Wartebereich für die Fußgänger mit anschließender Grüninsel und Parkplätzen entlang des Straßenrandes der Burgstraße in Richtung Illerstraße. Mittels Schleppkurven wies Herr Ing. Tsalos das Funktionieren des neuen Einmündungsbereichs nach.

In der Diskussion meldete ein Gemeinderat Bedenken gegen die 2 Senkrecht-Parkplätze bei der geplanten Grüninsel an der Westseite. Beim Ausparken sah er Gefahren für die übrigen Verkehrsteilnehmer durch rückwärtsfahrende PKW. Diese Gefährdung wird im Gremium ausführlich diskutiert und mehrheitlich nicht so beurteilt. Bürgermeister Bertele fasst zusammen, dass die Grüninsel gewünscht wurde um dem auf der Burgstraße aus Richtung Illerstraße kommenden Verkehrsteilnehmer möglichst rechtwinklig an die Burgstraße heranzuführen und so das Geschwindigkeitsniveau zu dämpfen. Allen Belangen maximale Priorität einzuräumen sei offenbar nicht möglich, daher gelte es, den bestmöglichen Kompromiss zu finden. Nach sehr intensiver Diskussion aller Aspekte mit jeweiligen Vor- und Nachteilen beschloss der Gemeinderat schließlich die vom Planer erarbeitete Detaillösung. Mitte Februar sollen die Ausschreibungsergebnisse vorliegen und dann alsbald mit dem Bau begonnen werden.

Vorbereitung von Gasanschlüssen für öffentliche Gebäude

Im Zuge der Planungsarbeiten werden von der SWU Energie GmbH auch alle in Frage kommenden Grundstückseigentümer über mögliche Gasanschlüsse im Sanierungsbereich informiert. In der Burgstraße ist die Gasleitung bereits verlegt, im Kirchweg noch nicht. Die SWU habe daher bei der Gemeinde das Interesse auch an den gemeindlichen Gebäuden abgefragt, konkret an der Leichenhalle, dem Kernzeit- und dem Grundschulgebäude. Per einstimmigem Beschluss wurden die SWU gebeten, im Bereich der Wasserleitungsarbeiten gleichzeitig auch die Gasleitung zu verlegen.

Friedhofsatzung – Neufassung

In den Sitzungen vom 15.10.2015 und 12.11.2015 wurde im Gemeinderat bereits ausführlich über die Neufassung der Friedhofsatzung mit Kalkulation der Gebühren beraten. Die noch offenen Punkte wurden von der Verwaltung in den Entwurf eingearbeitet. Insbesondere die Gestaltungsvorschriften wurden nochmals diskutiert. Dazu stellte Herr Benjamin Eger und der Bürgermeister fest, dass sich die bisherige Friedhofssatzung jahrzehntelang bewährt habe und nicht zuletzt mittels der notwendigen Genehmigungen zur Aufstellung von Grabmalen allseits gute Lösungen gefunden worden seien. Die vollständige Gebührenkalkulation wurde dem Gemeinderat von Herrn Andreas Maaß von der Gemeindeverwaltung nochmals kurz erläutert. Hinsichtlich der Kalkulation wies er darauf hin, dass für die Aufstellung einer Urne nur ein Gebührenansatz von 50 € vorgeschlagen werde, weil bei einer Urne beispielsweise auch keine Kühlanlage verwendet werden muss. Einstimmig wurde sodann die Friedhofssatzung neugefasst. Sie ist im amtlichen Teil vollständig abgedruckt.

Baugesuche

Als einzige Bausache lag dem Gemeinderat eine sog. informelle Bauvoranfrage zu einem Grundstück im östlichsten Teil der Illerstraße zur Behandlung vor. Diese war erst wenige Tage vor der Sitzung eingegangen. Diese bezog sich auf 3 Doppelhäuser in Massivbauweise. Es sollen 2 Vollgeschosse erstellt werden und ein Dachgeschoss. Das Untergeschoss, das sich hangseitig komplett unter der Erde geplant ist dient als Garage und Keller. Zur Straßenseite ist das Untergeschoss komplett frei sichtbar, um ebenerdig in die Garage einfahren zu können. Hier befindet sich auch der Hauseingang.

In der Diskussion wurde insbesondere die Gebäudehöhe –von der Straße aus betrachtet dreigeschossig- kritisch betrachtet. Auch die Bebauungsdichte mit einer hohen Grundflächenzahl im bebaubaren Bereich gab Anlass zu Rückfragen. Herr Benjamin Eger legte dar, dass das Landratsamt hinsichtlich des Einfügens um eine Einschätzung gebeten werden sollte, dies aber in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen sei. Auf Vorschlag von Bürgermeister Bertele beschloss der Gemeinderat sodann einstimmig, zunächst die Einschätzung des Landratsamtes zur Beratung einzuholen.

Sonstiges, Bekanntgaben

Flüchtlingssituation in Illerkirchberg

Die Unterbringung der Flüchtlinge stellt nach den Worten des Bürgermeisters auch Illerkirchberg vor große Herausforderungen. In jüngster Zeit rief die Gemeinde mehrfach dazu auf, Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen anzubieten oder auch zu gegebener Zeit Flüchtlinge zu betreuen. Mittlerweile hätten sich 20 Personen gemeldet, die bereit sind, sich als ehrenamtliche Betreuer zu engagieren; zwei davon seien bereits seit einiger Zeit im Einsatz. Auch sei eine ganze Reihe von Wohnungen und Häuser angeboten worden, die nacheinander überprüft wurden bzw. noch werden. Ferner erinnerte er an den Gemeinderatsbeschluss zur Beschaffung von Wohncontainern um den weiteren Bedarf zu decken.

Aus der Bürgerschaft gehen rund um das Thema der Flüchtlingsunterbringung immer wieder Fragen im Rathaus ein. Allerdings beträfen manche Fragen vorrangig die Bundespolitik.

Bürgermeister Bertele lud zu einem Informationsabend über die Situation in Illerkirchberg am Mittwoch, 16.12.2015 um 19:00 Uhr in den Großen Rathaussaal ein.

Spenden an gemeindliche Einrichtungen – Beschluss über die Annahme

Bürgermeister Bertele freute sich darüber, dass Einrichtungen der Gemeinde (Feuerwehr, Kindergärten) auch im zurückliegenden Jahr wieder mit Zuwendungen von Spendern bedacht worden seien. Offenkundig sei es in allen lt. der dem Gemeinderat vorliegenden Liste nicht um Vorteilsnahme gegangen, sondern um Förderung der jeweiligen Einrichtung. Guten Gewissens schlug er dem Gemeinderat daher die Annahme dieser Spenden an und der Gemeinderat beschloss dies einstimmig.

Projekt Intelligente Messsysteme (ROMI-Stromzähler)

Die Netze BW, ein Unternehmen der EnBW hatte in einer Pressemitteilung mitgeteilt, dass Illerkirchberg beim Test neuer Messsysteme mitwirkt. Zwischenzeitlich wurden solche „intelligenten“ Stromzähler in mehrere Einrichtungen eingebaut. Mit diesen ist es möglich, den Stromverbrauch laufend zu überwachen und die immer stärker schwankenden Einspeisungen aus erneuerbaren Energiequellen auf den Verbrauch anzupassen.

Ferner teilte die Netze BW hinsichtlich der erneuerbaren Energiequellen mit, dass in Illerkirchberg 2.504 kWp mittels Photovoltaikanlagen und 8 kWp mittels Wasserkraftanlagen an installierter Leistungen vorhanden ist.

Ganztagsbetreuung im Kindergarten

Die aktuellen Kindergartenangebote beruhen derzeit im Sinne bestmöglicher Betreuung auf Wochenangeboten. Zuletzt seien die Angebotsformen im Juni/Juli von den Kindergärten, den Elternbeiräten, den Kirchengemeinden und dem Gemeinderat beschlossen worden. Bürgermeister Bertele berichtete von bei einer Besprechung mit Pastoralreferent Stefan Lepre und Pfarrer Jochen Boos als Trägervertreter sowie allen KiGa-Leiterinnen nachdem teilweise eine nur einzelne Betreuungstage gefordert worden seien. Bei der Besprechung habe hinsichtlich der "flexiblen Ganztagsbetreuung" allseits Einigkeit darüber bestanden, dass das Angebot für eine Ganztagsbetreuung aus pädagogischen Gründen mindestens 3 Tage umfassen müsse. Andererseits zeige der Alltag, dass sowohl im Ganztagesbereich, im Bereich der verlängerten Öffnungszeiten und auch bei der Regelbetreuung häufig die Betreuungszeiten nicht maximal beansprucht würden. Eine „maximale Flexibilität“ bestehe daher rein praktisch schon immer. Neu sei nunmehr nur, dass geringere Gebühren bei nicht voller Inanspruchnahme der Betreuungsmöglichkeiten gefordert würden. Eine Beispielrechnung anhand einer durchschnittlichen Familie mit Gebühren nach der jetzigen Regelung, sinngemäß 3x Ganztags und 2x verlängerte Öffnungszeiten ergäbe in der Kombination eine nur Beitragseinsparung von ca. 12 EUR pro Monat. So sehr er Verständnis für den Einsparungswunsch im konkreten Einzelfall hegte, gab er aus Gründen des Gleichbehandlungsgrundsatzes zu bedenken, dass auch in anderen Betreuungsbereichen, bei denen die maximale Betreuungszeit nicht beansprucht werde, analog zusätzliche Regelungen geschaffen werden müssten bis hin zu allen erdenklichen

Kombinationsmöglichkeiten zwischen Ganztagsbetreuung, verlängerten Öffnungszeiten und Regelbetreuung.

Wollte man schlussendlich die Gebühren "am gebührengerechtesten" auf die tatsächliche Anwesenheit der Kinder beziehen, so käme dies mit einer Zeiterfassung "bestmöglich" nahe. Er erinnerte hierbei an das bayerische Modell der „Stundenbuchung“. Bewusst wurde jedoch ein Wochenangebot geschaffen im Sinne einer Kontinuität zum Kindeswohl. Gleichgültig, welches Gebührenmodell gewählt wird, seien jedoch Beiträge zu erheben, die wenigstens 15% der Kosten decken. 85 % kämen ohnehin schon jetzt aus öffentlichen Kassen. Würde nun im konkreten Fall die Gebührenordnung geändert, so müssten die Gebühren insgesamt wieder neu berechnet und zum Ausgleich der wegfallenden 12 EUR pro Kind an anderer Stelle angehoben werden. Es stelle sich die Frage, ob dies den anderen Familien gegenüber gebührengerechter wäre. Obendrein erfordere eine beliebige Betreuungszeit zur Abrechnung einen höheren Verwaltungsaufwand, der eingerechnet werden müsste. Im sei insgesamt nicht mit geringeren Gebühren zu rechnen.

Ein Gemeinderat vertrat die Auffassung, dass es ja durchaus denkbar sei, im Rahmen eines Pilotprojektes einen Versuch zu unternehmen. Dagegen sprachen sich andere Gemeinderäte nachhaltig aus. Sie vertraten ebenfalls die Auffassung, dass sich das Wochenangebots-System bestens bewährte und eine verlässliche Betreuung zum Wohl der Kinder gewährleiste.

Zweite Krippengruppe im Kindergarten St. Franziskus Oberkirchberg

Nach den jüngsten Anmeldezahlen sind im Kindergarten St. Franziskus Oberkirchberg nun 13 Kinder ab Februar 2016 für die Krippenbetreuung angemeldet. Damit ist eine zweite Krippengruppe mit entsprechender Personalausstattung erforderlich. Die Stellenausschreibung ist am 15.12.2015 erfolgt.

Spenden der Donau-Iller Bank eG

Im Mitteilungsblatt Illerkirchberg vom 04.12.2015 wurde von der Donau-Iller Bank eG die Adventsspendenaktion mit 950 € an den Antonius-Kindergarten und 750€ an den St.-Josef-Kindergarten veröffentlicht. Bürgermeister Bertele dankte der Donau-Iller Bank eG für die Spenden. Im vergangenen Jahr ging der höhere Betrag an den St.-Josef-Kindergarten.

Mitteilungsblatt Illerkirchberg – Jahresbezugspreis 2016

Bürgermeister Bertele verlas ein Schreiben des Urban-Verlages, wonach der der Bezugspreis für das Jahr 2016 aufgrund der Einführung des Mindestlohns und anderer gestiegener Kosten nunmehr von 19,30 EUR auf 21,80 EUR ansteigen werde. Die Erhöhung wurde zur Kenntnis genommen.

15. Adventsmarkt in Unterkirchberg am 29.11.2015

Vom Adventsmarkt Unterkirchberg geht jeweils ein Betrag von 10 % des Überschusses aller Teilnehmer an einen guten Zweck in der Gemeinde. In diesem Jahr gehen insgesamt 268 EUR an die Krabbelgruppen in Unterkirchberg. Bürgermeister Bertele dankte den Organisatoren und Helfern.

Amtsübergang beim Notariat Illerkirchberg

Aufgrund der anstehenden Notariatsreform werden Frau Notarin Kerstin Zacker, Frau Notarvertreterin Claudia Karaula und Frau Justizangestellte Carmen Hornung zum 01.01.2016 zum Notariat Ehingen wechseln. Vom Justizministerium Baden-Württemberg wird Herr Jürgen Grob mit Wirkung vom 01.01.2016 zunächst zum Amtsverwalter und anschließend zum Notar beim Notariat Illerkirchberg ernannt. Ein Notarvertreter ist für das Notariat Illerkirchberg dann nicht mehr vorgesehen. Auch die wegfallende Angestelltenstelle wird nach derzeitigem Stand nicht mehr besetzt.

An die öffentliche Sitzung schloss sich eine nichtöffentliche Sitzung an.